



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Dienstag, 25.02.2025
Sitzungsbeginn:	19:01 Uhr
Sitzungsende:	22:51 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Ordentliches Mitglied - Ausschuss

Thomas Czesky

Peer Giesecke

Edgar Leisten

Martina Leisten

Sven Reimer

Michaela Schreiber

Reinhard Schulz

Bürgermeisterin

Wiebke Şahin-Connolly

Amtsleiter(in) Kämmerei

Jan Krolik

Pressesprecher

Sabine Leifeld

Protokollant(in)

Juliane Sasse

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende
- 2 Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Feststellung der Tagesordnung
- 5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 29.04.2024 und 26.11.2024
- 6 Bericht aus der Verwaltung
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil 21:00 Uhr

- 13 Beratung von Beschlussvorlagen
- 14 Beschluss über den Bericht zum Lärmaktionsplan der Stadt Zossen 112/24
- 15 Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis Teltow-Fläming zum Bundesprogramm Breitbandförderung "Graue Flecken" 006/25
- 16 Änderungsantrag zu Beschlussvorlage 131/24 der Fraktion AfD vom 13.12.2024 eingegangen bei der Stadt Zossen am 30.12.2024 auf Bau einer Brücke über die Eisenbahn in Wünsdorf Höhe Kreisverkehr Friedensstraße 131/24/01
- 17 Grundsatzbeschluss für eine weitere Querungsmöglichkeit der Bahnschienen in Wünsdorf 020/25
- 18 Schließung der öffentlichen Sitzung

Niederschrift

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende, Frau Şahin-Connolly um 19:01 Uhr eröffnet.

Die Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2 Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder

Es nehmen folgende Ausschussmitglieder digital an der Sitzung teil:

Herr Reimer
Herr Czesky
Frau Leisten
Herr Schulz

3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Von den 8 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sind 8 anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

4 Feststellung der Tagesordnung

Es liegen Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.

Frau Şahin-Connolly:

Da wir im nichtöffentlichen Teil einen höheren Diskussionsbedarf bei den Beschlussvorlagen haben, beantragt die Verwaltung die Tagesordnungspunkte 10, 11 und 12 nach dem TOP 13.3. zu behandeln.

Herr Leisten:

Ich beantrage die Tagesordnungspunkte 18 und 19 zu tauschen.

Abstimmung:

7 / 0 / 1

Die geänderte Tagesordnung ist angenommen.

5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 29.04.2024 und 26.11.2024

keine Einwendungen

6 Bericht aus der Verwaltung

Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form. Dieser wird von Frau Şahin-Connolly kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigelegt. Er umfasst folgende Punkte:

kein Bericht

7 Einwohnerfragestunde

Bürger 1:

Warum sind die Hebesätze A und B der Grundsteuer so hoch? Der Hebesatz in

Mahlow/Blankenfelde ist viel kleiner.

Herr Krolik:

Das hat mit dem Wert der Grundstücke zu tun. Wir haben uns für 290 entschieden und das in der Realsteuersatzung hinterlegt. Stand heute haben wir keine wesentlichen Veränderungen und liegen nicht gravierend über dem Bericht vom letzten Mal. Es wird bei dem Hebesatz bleiben.

Frau Şahin-Connolly:

Mahlow/Blankenfelde ist nicht unsere Kommune. Die Kommunen sollen den Hebesatz einkommensneutral festsetzen. Die Prognose des Landes wurde mit den Zahlen aus 2022 berechnet. Wir haben mit dem Einkommen von 2023 und 2024 gerechnet, bevor wir uns dann in der SVV auf die Hebesätze geeinigt haben. Die Verwaltung möchte an dem Hebesatz festhalten. Wir haben aber einen Antrag von einer Fraktion zur Senkung des Hebesatzes, welchen wir in der SVV zur Abstimmung auf der Tagesordnung haben werden. Wir haben uns dazu positioniert, dass wir die Ertragslage abwarten und uns dann noch mal dem Thema widmen werden.

Frau Schreiber hat sich hierzu zu Wort gemeldet.

Frau Şahin-Connolly bittet Frau Schreiber ihren Redebeitrag/Antwort unter TOP 8 einzubringen.

Online-Frage 19:05 Uhr:

Guten Abend, ist der Verwaltung bekannt wie viele Anzeigen es im Kontext von Sachbeschädigungen mit Sachbezug Wahlen gab und wie hoch in etwa der Schaden in Euro ausfällt?

Frau Şahin-Connolly:

Die Auswertung mit dem Wahlleiter läuft dazu noch. Beträge kann ich dazu aktuell nicht beziffern.

Bürger 2:

Fußgängerunterführung am Bahnhof. Wie kommt man am besten zum Bahnhof? Wie geht der Fortschritt zum Bahnhofsvorplatz voran?

Frau Şahin-Connolly:

Aktuell warten wir auf Baugenehmigung des Landkreises für das entsprechende Tunnelsegment. Diese brauchen wir, um hier weiter zu machen.

8 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Frau Schreiber:

Die Fraktion Plan B hat den Antrag zur Festsetzung der Grundsteuer Zossen an den vom Land Brandenburg berechneten aufkommensneutralen Satz von 240 % gestellt. Dieser wird in der SVV auf der Tagesordnung sein.

Steht der Termin Sonder-SVV Bahn im April fest? Wird der stattfinden?

Ist mit der Bahn abgesprochen, dass sie die Planfeststellungsunterlagen für Dabendorf innerorts erst später beim EBA einreicht und nicht wie bis jetzt die Aussage war, bereits im 1. Quartal?

Wir befinden uns in der vorläufigen Haushaltsführung. Gibt es in unseren Kitas und Schulen angemeldete Ausgaben, die von der Stadtverwaltung nicht genehmigt werden?

Wird es einen Sonderausschuss FSB aufgrund Ihrer Mail, welche gravierende Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2025 hat, geben?

Werden Sie die Beschlussvorlage Bestätigung zu der Zustimmung des Landkreises zum Haushalt von der Tagesordnung nehmen, bis wir den Haushalt diskutiert haben?

Frau Şahin-Connolly:

Zu Ihrer letzten Frage: Nein

Zu Ihrer Frage angemeldete Ausgaben Kitas und Schulen: Nein

Der Termin für die Sonder-SVV am 9.4. bleibt bestehen und nein, bei den Unterlagen ist nichts in Stein gemeißelt.

Frau Schreiber:

Hat die Bahn verbindlich mitgeteilt, dass sie die Unteralgen nicht vor der Sonder-SVV beim EBA einreichen wird?

Bei der Frage nach den Ausgaben habe ich insbesondere nach den Schulen gefragt. Diese wurde nicht beantwortet.

Wird es eine extra Sitzung des Finanzausschusses geben, sonst haben wir die Diskussion in der SVV? Bei dem Einnahmeausfall, den Sie uns mitgeteilt haben, haben Sie kein Cent Geld übrig um irgendetwas zu bezahlen.

Frau Schreiber wird von der Ausschussvorsitzenden ermahnt.

Frau Şahin-Connolly:

Zweimal nein. Weiterhin nein zu dem Thema Schule. Zu der Verbindlichkeit habe ich Ihnen mitgeteilt, dass nichts in Stein gemeißelt ist, es wird am 9.4. eine Sonder-SVV stattfinden.

Frau Reglin:

Auf Nachfrage bei der Vermietung Waldesruh zum Grundsteuerbescheid wurde mir mitgeteilt, dass wir in diesem Jahr 5.000 Euro weniger Grundsteuer zahlen müssen. Die Mieter dürfen da etwa entspannter sein. Danke auch an Herrn Krolik für die ehrliche Auskunft.

Wir hatten in 2019 einen besonderen Geschäftsvorfall. Ist der schon entschieden? Haben wir das Geld schon zurückgezahlt? Wenn das noch nicht zurückgezahlt wurde, haben wir das noch in der Kasse drin?

Frau Şahin-Connolly:

Beides nein.

Herr Krolik:

Es ist noch keine Entscheidung getroffen ob wir das zurückzahlen müssen oder nicht. Eine Rückstellung dafür ist gebildet. Das Geld wurde damals genommen um den Kassenkredit abzulösen. Die Liquidität war schon damals nicht vorhanden.

Herr Reimer:

Ich habe eine Bitte zu dem Antrag Grundsteuer der Freien Wähler. Ich hätte gerne eine Gegenüberstellung der 240 % gegenüber den 270 % und den Wert, den wir 2024 bzw. 2023 eingenommen haben, sodass wir genau sehen wieviel Verlust die Stadt Zossen bei 240 % machen würde.

Der OB Zossen hat zur Brücke in Dabendorf noch nicht beraten. Da wird es einen Sondertermin geben und Frau Schreiber laden wir dazu herzlich ein.

Frau Şahin-Connolly:

Die Zahlen sind Ihnen bekannt. Musterbeispiele für verschiedene Hebesätze haben

wir gemacht und auch im FSB vorgestellt. Die Präsentation können wir nochmal zur SVV mitbringen.

Wir sind bezüglich der Brücke noch nicht im Beteiligungsverfahren. Erst ist die Bahn am Zug und dann wir mit den Stellungnahmen. Auch dann macht es erst Sinn einen Termin mit dem OB zu machen. Ich will hier nicht vorweggreifen und erst das Planfeststellungsverfahren der Bahn abwarten.

Herr Reimer:

Wir hätten dann auch gern Herrn Ludwig beim OB dabei. Um den Vergleich bitte ich trotzdem.

Frau Şahin-Connolly:

Herr Ludwig hat im März keine Kapazitäten. Vor April kann so ein Termin nicht stattfinden.

Frau Leisten:

Im Kreistag stand gestern auf der Tagesordnung die Thematik Zulassungsstelle Zossen. Jeder sollte sich informieren wie einzelne Abgeordnete dazu abgestimmt haben. Die Direktkandidatin Ines Seiler hat sich gegen Zossen entschieden und mit nein gestimmt. Das finde ich sehr traurig.

Herr Leisten:

Es gibt zwei Dinge gegen die Aufrechterhaltung. Der finanzielle Aspekt der Miete und das Ziel ist, die digitale/elektronische Zulassung. Es wurde aber kein Zeitpunkt genannt, wann wir soweit im Kreis wären. Wir brauchen die digitalen Anmeldungen. Es ist schade, dass die Zulassungsstelle schließen wird. Das ist beschlossen.

Frau Şahin-Connolly:

Das Thema findet im Konsolidierungskonzept/Haushaltssicherungskonzept des Kreises Berücksichtigung. Vielleicht können wir hier noch mal anknüpfen. Ich denke der Neubau eines Gebäudes hat keinen Mehrwert im Vergleich zu Mietkosten. Wenn die Zulassungsstelle bleibt, suchen wir definitiv nach anderen Gebäuden und schauen, wie wir den Kreis unterstützen können. Ich werde die Gespräche noch mal aufnehmen. Ich denke, dass die Umsetzung der Digitalisierung in den nächsten fünf, sechs Jahren kaum Erfolg haben wird.

Herr Leisten:

Der Kämmerer vom Kreis hat gesagt, wenn sie sich konsolidieren müssten sie 48 % Kreisumlage fordern. Das wird den Kreis die nächsten 5 bis 6 Jahre verfolgen und man kommt dann auch nicht aus der Haushaltssicherung. Die Kommunen sollten dann auch bestimmte Opfer bringen. Wissen Sie schon welche Opfer wir leisten müssten?

Frau Şahin-Connolly:

Unsere pflichtigen Aufgaben können wir nicht einschränken und die freiwilligen Aufgaben weitestgehend auch nicht. Das Thema Familienzentrum macht mir etwas Sorge. Ich habe am Donnerstag ein Gespräch mit Herrn Schmidt. Wenn wir die Synergien der Stadt Zossen plus Familienzentrum nutzen, kann das Familienzentrum ohne Bezuschussung durch den Kreis betrieben werden. Diesen Vorschlag werde ich dann auch der Landrätin unterbreiten.

Wir Bürgermeister kennen den Hebesatz von 43 % für die Kreisumlage. Es liegt am Kreis das Thema Wirtschaftsförderung weiter auszubauen. Wir brauchen in unserer Region Unternehmen die Arbeitsplätze schaffen und Gewerbesteuer in den einzelnen Kommunen lassen. Wir brauchen Unterstützung. Gesund sparen hilft uns hier nicht.

GO-Antrag Frau Schreiber:
Ich beantrage Gleichbehandlung bei der Redezeit.

Noch mal meine Frage: Droht die Gefahr, dass die Bahn die Unterlagen beim EBA einreicht, bevor wir im April die Sondersitzung haben?

Frau Şahin-Connolly:
Ich wiederhole mich und bitte darum, Unterstellungen zu lassen. Ich habe den Prozess erklärt, wann die Kommune und der OB zu beteiligen sind. Ich bin mir sicher, dass wir erst die Sitzung haben und danach erst das Planfeststellungsverfahren losgeht.

Frau Reglin:
Hat der Kreis beschlossen, dass die Oberschule in Wünsdorf 2030 gebaut wird?

Frau Şahin-Connolly:
Nein, das ist nicht richtig. Das hat der Kreis nicht beschlossen. Es ist nach wie vor so, dass sie 2030 fertig sein soll.

Herr Reimer:
Das Gericht hat zum Thema Kreisumlage eindeutig gesagt, dass die Leistungsfähigkeit der Kommunen berücksichtigt werden muss. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass wir eine höhere Kreisumlage bekommen werden.

Der Tagesordnungspunkt wird um 19:34 Uhr beendet und die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Öffentlicher Teil 21:00 Uhr

13 Beratung von Beschlussvorlagen

14 Beschluss über den Bericht zum Lärmaktionsplan der Stadt Zossen 112/24

Die Öffentlichkeit ist wiederhergestellt und Frau Şahin-Connolly eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:04 Uhr.

Frau Şahin-Connolly erläutert den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern die Beschlussvorlage.

Ich bitte hier um Zustimmung. Es ist ein gesetzlicher Standard, den wir machen müssen. Sollte es zur Ablehnung kommen, werde ich Herrn Schönefeld erneut beauftragen und das Gutachten wird sich nicht groß ändern. Es wird noch mal die gleiche Arbeit gemacht und wir haben erneut die Kosten.

Frau Schreiber:
Was ist mit den anderen Ortsbeiräten? Es ist der Lärmaktionsplan von der Stadt Zossen und der bezieht sich auch auf kommunale Straßen. Die Ortsbeiräte hätten schon beim Schreiben des Plans einbezogen werden müssen. Was möchten die Ortsbeiräte geändert haben? Warum gibt es keine BV 01 mit einer Änderung aus den Ortsbeiräten?

Frau Şahin-Connolly:
Ein Gutachten kann nicht einfach geändert werden. Die Ortsbeiräte wurden darüber in Kenntnis gesetzt, dass es einen Lärmaktionsplan gibt. Natürlich müssen wir Themen in den einzelnen Ortsteilen mitberücksichtigen, aber mit diesem Werk, was wir gegenüber der Landesregierung in dem Bereich B96 und B246 kommunizieren,

haben die Ortsbeiräte nichts zu tun. Begründungen und Änderungen sind eventuell in den Protokollen festgehalten, aber mir anhand der Abstimmungen nicht bekannt. Wir haben auch noch nicht von allen Ortsbeiräten die Stellungnahmen.

Frau Schreiber:

Ich möchte vor der Abstimmung in der SVV die Protokollauszüge haben.

Frau Şahin-Connolly:

Wenn Protokolle vorliegen, werden diese erst auf der nächsten Ortsbeiratssitzung freigegeben und erst dann sind sie öffentlich.

Herr Reimer:

Der Ortsbeirat Zossen ist zu dem Entschluss gekommen, dass wir die von uns angestrebten verkehrsberuhigten Zonen weiterbearbeiten. Das Gutachten haben wir zur Kenntnis genommen.

Die Maßnahmen haben uns nicht so überzeugt. Gibt es einen Zeitplan bis wann Zossen die Vorgaben umgesetzt haben muss?

Frau Şahin-Connolly:

Wir sind schon hinter der Zeitschiene und ich habe bereits um Verlängerung gebeten. Es ist ein Werk was schon existiert, auf das wir aufgebaut haben. Es ist von Seiten des Gesetzgebers alle 5 Jahre fortzuführen.

Herr Leisten

Ich habe im letzten Jahr schon bemängelt das wir hier über ein Gutachten beschließen. Das ist nicht unsere Aufgabe. Ich nehme es zur Kenntnis, aber ich werde darüber nicht beschließen und werde mich enthalten.

Frau Şahin-Connolly:

Ihre Argumentation ist nachvollziehbar, aber die Aufforderung gegenüber meiner Person ist eine andere.

Herr Schulz:

Ich habe mich nicht gemeldet, da Kallinchen nicht darin vorkommt und nicht davon betroffen ist.

Ich kann so nicht zustimmen, weil ich der Meinung bin, dass mindestens Landesstraßen einbezogen sein müssten.

Frau Schreiber:

Ist das ein Werk, welches die Stadt Zossen in Auftrag gegeben hat? Hat die Verwaltung demzufolge den Umfang der Bearbeitung definiert? Danach sind diese Straßen aufgenommen worden und aus diesem Grund wollte ich die Einbeziehung der Ortsbeiräte haben.

Frau Şahin-Connolly:

Der Lärmaktionsplan der Stadt Zossen existiert schon und ist in der Grundstruktur bereits vorhanden. Er muss verpflichtend alle 5 Jahre überprüft werden und ist ein fortführendes Werk. Wir müssen uns an ein Inhaltsverzeichnis halten. Wir bekommen die Vorgaben seitens des Landes und sind gesetzlich verpflichtet per Beschluss dem Land die Ergebnisse mitzuteilen. Die Erkenntnisse aus dem Gutachten von Herrn Schönefeld können wir nicht anzweifeln, aber wir können daraus unsere Lehren ziehen.

Frau Schreiber:

Auftraggeber war die Stadt Zossen?

Frau Şahin-Connolly:

Ja, weil wir dazu gesetzlich verpflichtet sind.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

den Bericht zum Lärmaktionsplan der Stadt Zossen in seiner vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	1	2

15 Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis Teltow-Fläming zum Bundesprogramm Breitbandförderung "Graue Flecken" 006/25

Herr Kommer stellt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation vor. Diese wird dem Urprotokoll beigefügt und enthält folgende Punkte:

Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis Teltow-Fläming zum Bundesprogramm Breitbandförderung "Graue Flecken"

- Überblick zum Glasfaserausbau in der Stadt Zossen
- Glasfaserausbau in Dabendorf
- Glasfaserausbau in Horstfelde und Nächst Neuendorf
- Glasfaserausbau in Kallinchen, Schöneiche und Nunsdorf
- Glasfaserausbau in Waldstadt und Wünsdorf
- Glasfaserausbau in Zossen
- Glasfaserausbau in übrigen Teilen der Stadt Zossen
- Weiße Flecken Programm
- Graue Flecken Programm
- Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis Teltow Fläming
- Erfolgsaussichten der Antragstellung

GO-Antrag Frau Şahin-Connolly:
Beendigung der Sitzung heute bis nach 22:00 Uhr

Abstimmung zum GO-Antrag:
7 / 1 / 0

Frau Schreiber:

Sind auch im zweiten Förderprogramm wieder nur einzelne Hausanschlüsse vorgesehen? Was ist mit Grundstücken, die über weiße Flecken erschlossen wurden, aber immer noch unter 100 Mbit liegen? Werden diese über graue Flecken miterschlossen oder sind die aus der Förderung ausgeschlossen?

Herr Kommer:

Weißer Flecken bekommen alle das technisch maximal Möglichste. Mehr als Glasfaser ist auch im Grauen Flecken Programm nicht drin. Auch jetzt sollen wieder einzelne Adressen reinkommen und nicht automatisch ganze Straßenzüge. Aufgrund der 100 Mbit/s sind wir dann in Zossen auf einem sehr guten Niveau.

Frau Reglin:

Warum sind Straßen wie AWG oder Berliner Allee in Wünsdorf nicht erfasst? Es sind ja Wohnungsgebiete.

Herr Kommer:

Die Liste zu den Ortsteilen hat nichts mit dem Grauen Flecken Programm zu tun. Das ist der Stand von den 4 Unternehmen und deren Entscheidung bezüglich der Straßen, welche sie ausbauen wollen. Wenn Straßen fehlen, können die gerne der Wirtschaftsförderung mitgeteilt werden und wir können das an die Unternehmen weitergeben.

Herr Reimer:

Wir hatten Sorgen bezüglich der Gehwege. Können wir in irgendeiner Form die Unternehmen verpflichten, dass die Gehwege wieder im ordentlichen Zustand übergeben werden müssen?

Herr Kommer:

Das ist auch in anderen Kommunen ein Problem. Der Landkreis hat zugesagt eine Gewährleistungsbürgschaft einzufügen.

Herr Giesecke:

Welche Werte bei der Übertragungsgeschwindigkeit zählen? Die, die man vertraglich vereinbart hat oder die, die man tatsächlich hat?

Herr Kommer:

Die Markterkundungsunternehmen prüfen das technisch ab. Es zählen technische Werte vom Hauptverteilerkasten. Diese können von denen, die am Haus ankommen, abweichen.

Herr Kaehlert:

So viel wie ich weiß, 1 Gigabit grundsätzlich am Hausanschluss und der wird je nach Vertrag runterskaliert.

Es findet eine Pause von 21:47 Uhr bis 21:52 Uhr statt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Den Abschluss der Kooperationsvereinbarung zur Übernahme der Aufgaben des Breitbandausbaus nach dem Förderprogramm "Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland (Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 - Graue Flecken)" mit dem Landkreis Teltow-Fläming.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	1	0

16

Änderungsantrag zu Beschlussvorlage 131/24 der Fraktion AfD vom 13.12.2024 eingegangen bei der Stadt Zossen am 30.12.2024 auf Bau einer Brücke über 131/24/01 die Eisenbahn in Wünsdorf Höhe Kreisverkehr Friedensstraße

Herr Leisten stellt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern den Antrag der Fraktion AfD vor. Er liest die geänderte Version 01 des Antrages vor.

Es geht hier um eine Absichtserklärung, wie kann man diese ablehnen? Ich bitte um Zustimmung.

Frau Şahin-Connolly:

Die Verwaltung hat sich die Mühe gemacht und das ganze Thema etwas konkretisiert und einen eigenen Antrag gestellt. Demzufolge stimme ich Ihrem Antrag nicht zu und bin auch mit der Begründung absolut nicht einverstanden.

Herr Leisten:

Ich hatte bereits gesagt, dass ich in der Begründung den Bezug auf die anderen Fraktionen rausnehmen und nur die ersten 5 Zeilen der Begründung übernehmen würde. Wichtig ist für mich der Tatbestand der 3 Punkte.

Herr Reimer:

Den Antrag der Freien Wähler haben wir abgelehnt, weil die Finanzierung nicht gewährleistet werden kann und die Bahn das abgelehnt hat. Wir brauchen aber eine zusätzliche Querung und als Kompromiss haben wir gesagt, dass wir eine Formulierung finden müssen, die offen lässt, wo die Querung stattfindet. Ich vertraue hier der Kompetenz unserer Verwaltung.

Herr Giesecke:

Die Festlegung auf die Friedenstraße stört mich. Der Verkehr in der Straße durch das Wohngebiet würde extrem zunehmen. Es muss eine gründliche Untersuchung stattfinden. Darin muss auch einfließen, wie die Lösung Thomas-Müntzer-Straße aussehen soll. Wird die Kreuzung an der Stelle sein oder vielleicht mehr Richtung Wünsdorf?

Herr Leisten:

2019 wurde das Problem der höheren Frequentierung schon gesehen. Damals war schon im Gespräch, keine großen LKWs zuzulassen.

Herr Njammasch:

Wir sind für die Brücke, aber es muss Einiges geprüft und geklärt werden. Die Frequentierung der Friedenstraße, eine eventuelle Umgehung von Klausdorf kommend, wo soll der Übergang laut der Bahn sein, wie sind die finanziellen Mittel? Ich verbitte mir die Aussage, dass die VUB dagegen ist. Die VUB steht zu 100 % dahinter.

Herr Leisten:

Im Punkt 3 steht inwieweit alternative Bahnquerungen seitens der Bahn angeboten werden können.

Frau Şahin-Connolly:

Ich würde gerne darüber abstimmen, um an dem Vorschlag der Verwaltung weiterarbeiten zu können. Wir kommen an dieser Stelle nicht weiter, sind aber uns aber alle einig, dass wir eine weitere Querung brauchen.

Es findet ein Streitgespräch zwischen Frau Schreiber und Frau Şahin-Connolly statt.

Frau Şahin-Connolly fragt den Einreicher ob er abstimmen möchte oder ob er die Diskussion weiterverfolgen möchte.

Herr Leisten:

Ich würde Frau Schreiber eine kurze Chance geben, ihr Statement abzugeben.

Frau Schreiber:

Wann bekommen die Stadtverordneten die alten Unterlagen, welche sie vor 14 Tagen zugesagt haben? Die Kostenschätzung für die Brücke in der Friedenstraße nach den Bahnunterlagen 2019 waren lediglich 3 Mio. Euro. Es gibt eine Studie aus 2008 die zeigt, warum es an dieser Stelle die technisch sinnvollste Lösung ist. Es gibt kein Förderprogramm wo 90 % Förderung gewährleistet sind.

Frau Şahin-Connolly:

Ich habe Ihnen zugesagt, dass sie die Unterlagen bis zur SVV haben.

GO-Antrag Frau Schreiber:

Namentliche Abstimmung

Frau Şahin-Connolly:		Nein
Herr Schulz:	Nein	
Herr Czesky:	Nein	
Herr Giesecke:	Nein	
Frau Schreiber:	Ja	
Herr Leisten:		Ja
Herr Reimer:	Nein	
Frau Leisten:		Ja

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen möge beschließen:

1. Die Verwaltung beabsichtigt in Wünsdorf, nahe Friedensstraße in Anlehnung an die bereits vorhandene Planung eine Brücke über die Eisenbahn zu bauen. Insbesondere sind im Vorfeld Finanzierungsfragen zu erörtern.
2. Die bisher vorhandenen Unterlagen werden den Gremien zur Verfügung gestellt.
3. Parallel wird die Verwaltung beauftragt, mit der Bahn AG zu erörtern, in welcher Form eine Unterstützung erfolgen kann und ggfs. in wieweit alternative Bahnquerungen für das betroffene Gebiet seitens der Bahn angeboten werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	5	0

17 Grundsatzbeschluss für eine weitere Querungsmöglichkeit der Bahnschienen in Wünsdorf 020/25

Frau Şahin-Connolly stellt die Beschlussvorlage den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern vor.

Herr Czesky:

Ich finde die Beschlussvorlage super. Die Querung Thomas-Müntzer-Straße ist der Schlüssel. Die Lösung würde sicher sein, diese Querung in Richtung Wünsdorf zu verschieben und beides zusammen zu machen. Das würde Kosten sparen.

Frau Schreiber:

Sie suggerieren, dass es jetzt losgeht. Welches Förderprogramm ist Ihnen bekannt, das die Finanzierung von so einem Brückenbau vorsieht?

Frau Şahin-Connolly:

Es gibt aktuell seit Ende 2024 von Landesseite ein neues Programm, wo wir gerade Recherchen durchführen.

Frau Schreiber:

Es gibt kein Fördermittelprogramm. Mit Punkt 1 ist schon klar, dass es bei Zustimmung zu diesem Grundsatzbeschluss ohne Förderprogramm keine Brücke geben wird.

Zu Punkt 2: Warum sollte die Bahn jetzt hier zustimmen, wenn es schon in der Vergangenheit abgelehnt wurde?

Zu Punkt 3: Was heißt für Sie „falls erforderlich“? Die Bahn hat bereits erklärt, dass es nicht erforderlich ist.

Zu Punkt 4: Eine grobe Kostenschätzung hat sich erledigt, da Punkt 2 und 3 nicht eintreten werden.

Zu Punkt 5: Dass Sie den Förderquotenanteil 10 % gestrichen haben, führt auch nicht dazu, dass der Rest des Beschlusses funktioniert.

Zu Punkt 7: Was ist an dieser Stelle „falls erforderlich“? Wer definiert wann ist etwas erforderlich?

Zu Punkt 8: Funktioniert so auch nicht.

Ein Abschluss der Phase 1 wird nie passieren. Ich sage es noch mal, es gibt kein Fördermittelprogramm. Sie haben hier einen Beschluss wo Sie jetzt schon wissen, dass er nie umgesetzt wird.

Frau Şahin-Connolly:

Die Stadt Zossen hat immer gesagt, dass wir diese Brücke nicht aus dem kommunalen Haushalt stemmen können und ich habe die Hoffnung, dass wir ein Förderprogramm finden. Weiterhin steht in der BV, dass wir die Gespräche mit der Bahn zu einer weiteren Querung NEU aufnehmen. Die alte Kreuzungsvereinbarung ist gescheitert. Die Bahn hätte eine weitere Kreuzungsmöglichkeit gehabt, aber genau dort wo die Schranken geschlossen wurden. Die Stadt Zossen war da der Ansicht auf eine Brücke hinsichtlich der Friedenstraße zu bestehen, welche aber nicht in dem kreuzungsrelevanten Einzugsgebiet ist. Wir müssen uns hier Gedanken machen, wie wir mit dem Thema Thomas-Müntzer-Straße und Bahnquerung in Wünsdorf in Zukunft umgehen. Perspektivisch muss man vielleicht noch mal einen anderen Standort untersuchen. Wir brauchen eine Kostenschätzung. Dann können wir vielleicht die Förderprogramme beantragen. Dazu bedarf es einen SVV-Beschluss. Liquide Mittel sind dafür einzuplanen und ich hoffe, dass wir zusätzliche liquide Mittel bekommen werden. Eine Verkehrsstudie muss erforderlich sein. Das Quorum kann gerne noch definiert werden. Um in einen gewissen Arbeitsmodus zu kommen, müssen wir erstmal eine gewisse Summe in den Nachtragshaushalt einstellen.

Frau Schreiber:

Wenn die Friedenstraße schon zu weit weg ist, wie soll dann ein Standort, der noch viel weiter weg ist, kreuzungsbedingt nach den Konditionen der Bahn sein?

Frau Şahin-Connolly:

Die alte Kreuzungsvereinbarung ist Geschichte. Wir haben noch einen Rechtsanspruch, der von der Bahn umgesetzt werden muss und das ist die Thomas-Müntzer-Straße. Ich bin der Meinung, dass wir über den Grundsatzbeschluss hier reden sollen und der in der SVV dann Zustimmung findet. Es ist wünschenswert, dass die Bahn sich beteiligt. Es wird schwierig, aber wir werden es versuchen.

Herr Belger:

Seit Ende 2024 gibt es vom Landesbetrieb für Straßenwesen ein Förderprogramm "Förderung kommunaler Straßen, Brücken und Radwegebau". Das könnte für die Brücke eventuell in Frage kommen.

Frau Reglin:

Ich finde es ist toll, dass in der BV meine Idee, die ich am 19.11. allen Stadtverordneten mitgeteilt habe, dass wir im Zuge der Thomas-Müntzer-Straße und der sehr teuren Brücke die Möglichkeit sehen können, eine Ortsumfahrung mit einer Bahnquerung hinzubekommen, aufgenommen wurde. Den Versuch eine Ortsumgehung und eine Brücke zu bekommen, sollten wir auf jeden Fall machen.

Der Datenschutz in Kleinmachnow hat mich per Brief aufgefordert, die bei mir liegende Unterschriftensammlung demjenigen zu übergeben, den es betrifft. Wem soll ich das geben?

Frau Şahin-Connolly:

Wir würden wir uns dazu schriftlich melden.

Herr Hille:

Vor zwei, drei Jahren standen wir genau an der Stelle wo die Brücke gebaut werden soll. Diese Stelle ist die billigste Variante. Wann wollen Sie mit der Befragung beginnen?

Frau Şahin-Connolly:

Die Bürgerbeteiligung macht erst Sinn wenn wir einen konkreten Standort haben, da diese im Einzugsbereich gemacht werden muss. Wenn Sie mich fragen, wie ich den Einzugsbereich definiere, dann würde ich sagen, es ist der Ortsteil.

Herr Giesecke:

Für die Bürgerbefragung brauchen wir dann einen SVV-Beschluss.

Ich stelle den Antrag, den letzten Satz im Beschluss "Die SVV ist sich darüber einig..." zu streichen. Meine Begründung ist, dass nur Sachen drinstehen, die selbstverständlich sind und das Wort "Unterstützung der Bahn, finanziell..." kann ein KO-Kriterium für das ganze Projekt sein. Ich denke, dass der gesamte Satz abschrecken kann, hier zuzustimmen.

Frau Şahin-Connolly: 22:47 Uhr

Ich würde den Teil "und ohne die Unterstützung (finanziell, personell) der Deutschen Bahn nicht umsetzen kann" streichen. Es ist wichtig, dass wir dieses Projekt nur realisieren können, wenn wir ein Förderprogramm finden oder eine finanzielle Unterstützung seitens der Bahn bekommen.

Wenn wir die Brücke so planen, dass sie den Anforderungen der Deutschen Bahn gerecht ist, bedarf es keiner Kreuzungsvereinbarung und keiner Zustimmung des Eisenbahnbundesamtes.

Hoheitlich ist das dann bei der Stadt Zossen und das Projekt lässt sich rechtlich ohne die Unterstützung der Bahn umsetzen. Auf Fördermittel werden wir angewiesen sein.

Herr Leisten:

Ich würde das überdenken, da in den Punkten 1 bis 10 das Wort Förderprogramm immer wieder erwähnt wird. Der letzte Satz könnte somit wegfallen.

Frau Şahin-Connolly:

Der Satz lautet:

Die SVV ist sich darüber einig, dass die Stadt Zossen dieses Projekt ohne Fördermittel nicht umsetzen kann.

Herr Giesecke zieht seinen Antrag zurück.

Frau Leisten ist zur Abstimmung nicht mehr online.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt, dass grundsätzlich eine weitere Querungsmöglichkeit der Bahnschiene für Wünsdorf geschaffen werden soll. Die Möglichkeit der Querung soll für PKW- und LKW- und Bus-Verkehr sowie für Fußgänger und Radfahrer geeignet sein. Die Barrierefreiheit ist zudem sicher zu stellen.

Die Verwaltung wird für die erste Phase der Umsetzung mit folgenden Aufgaben zur Vorbereitung der Projektrealisierung beauftragt.

1. regelmäßige Recherche nach möglichen Förderprogrammen für die Finanzierung dieses Projektes;
2. die Gespräche und Verhandlungen mit der Deutschen Bahn zu einer weiteren Querungsmöglichkeit neu aufzunehmen und fortzuführen. Ziel dieser Gespräche soll eine Beteiligung der Finanzierung sein;
3. die Deutsche Bahn, falls erforderlich mit der Prüfung und Untersuchung nach geeigneten Standorten und geeigneten Varianten zu beauftragen; mögliche Synergien z.B. für eine Ortsumfahrung sind perspektivisch zu berücksichtigen.
4. für die SVV eine grobe Kostenschätzung zu erarbeiten sowie die Punkte 2 und 3 erste Ergebnisse vorweisen können
5. Beantragung der Fördermittel sofern der Eigenanteil max. 10% beträgt und einen Beschluss für die Beantragung bzw. Inanspruchnahme der Förderprogramme in der SVV herbeizuführen;
6. mögliche zusätzliche liquide Mittel für die Umsetzung dieses Projektes in die kommenden Haushalte mit einzuplanen;
7. eine Verkehrsstudie für den Einzugsbereich falls erforderlich zu beauftragen und mit regelmäßigen Verkehrszählungen und Messungen zu untermauern;
8. eine Einwohnerbefragung im Einzugsbereich zur Querungsmöglichkeit durchzuführen, sowie dieser konkret definiert ist. Ein Quorum ist nicht erforderlich. Die abgegebenen Stimmen der Befragung müssen über 50 % für die Weiterführung des Projektes zur Querungsmöglichkeit stimmen;
9. für die Punkte 1 bis 8 sind im Nachtragshaushalt 2025 30.000 EUR einzustellen;
10. die SVV einmal im Quartal über den Sachstand zu den Punkten 1 bis 7 zu informieren.

Sofern die Phase 1 abgeschlossen ist und insbesondere die Frage der Finanzierung vollumfänglich geklärt ist, muss die SVV zur Projektrealisierung weitere Schritte für die Umsetzung beschließen.

Die SVV ist sich darüber einig, dass die Stadt Zossen dieses Projekt ohne Fördermittel und ohne die Unterstützung (finanziell, personell) der Deutschen Bahn nicht umsetzen kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	1	1

18 Schließung der öffentlichen Sitzung

Frau Şahin-Connolly schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:51 Uhr.

Wiebke Şahin-Connolly
Vorsitz

Juliane Sasse
Protokoll